

Maßnahme/Vorgang: Europaweite Ausschreibung der Stadt Königsbrunn der
Betriebsführung der Straßenbeleuchtung

**Die unterschriebene Erklärung ist zwingend dem Angebot beizulegen!!
Ein Fehlen kann einen Ausschluss des Bieters zur Folge haben.**

EIGENERKLÄRUNG

Gemäß den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns, kurz MiLoG, und in Anlehnung an das Formblatt 124 (Eigenerklärung zu u.a. Eignung und Zuverlässigkeit) des Vergabehandbuches des Bundes, VHB Bund.

bestätige(n) ich/wir hiermit, dass ...

ich/wir meinen/unseren Mitarbeitern, die im Inland beschäftigt sind, den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn nach § 1 MiLoG – seit 01/2025 derzeit 12,82 € pro Zeitsunde - mindestens bezahle(n).

ich/wir mich/uns gleichzeitig verpflichte(n), von mir/uns im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit der Stadt / den Stadtwerken Königsbrunn eingesetzte Nachunternehmer oder deren Nachunternehmer vertraglich zu verpflichten, dass diese ihren im Inland beschäftigten Arbeitnehmern den o.g. Mindestlohn bezahlen und dem Auftraggeber entsprechende Nachweise auf Anforderung zur Verfügung stellen.

ich/wir hiermit gesamtschuldnerisch den Auftraggeber von seiner Haftung auf den Mindestlohn freistelle(n), sofern Nachunternehmer oder deren Nachunternehmer den gesetzlichen Mindestlohn ihren im Inland beschäftigten Arbeitnehmern nicht bezahlen.

mir/uns bekannt ist, dass ich/wir bei Nichtabgabe von Erklärungen, bzw. bei unvollständiger oder nicht rechtzeitiger Abgabe bei diesem Vergabeverfahren unberücksichtigt bleibe(n). Ebenso kann eine wissentliche falsche Erklärung den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zur Folge haben.

mir/uns bekannt ist, dass ab einer Auftragssumme von € 30.000,- netto der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 des Wettbewerbsregistergesetz anfordern wird.

mein/unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden.

mein/unser Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wurde.

die für die Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert, bzw. qualifiziert sind.

ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/sind.

ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 404 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder § 15f des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder § 266 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind und mir/uns kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnden Personen bekannt ist.

ich/wir die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch im Sinne des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhalte(n).

zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenz- oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.

keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z.B. wirksames Berufsverbot, wirksames vorläufiges Berufsverbot, wirksame Gewerbeuntersagung, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen relevanter Verfehlungen gemäß StGB, welche mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

meinem/unserem Unternehmen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bekannt ist und gemäß § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt bezahlt wird (Equal Pay Gebot). Bei erheblichen Verstößen gegen diese Vorgaben kann der Auftraggeber auch einen bestehenden Vertrag kündigen (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 GWB).

meine/unsere Produkte nicht mit ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen produziert wurden oder Bestandteile solcher Kinderarbeit enthalten.

.....
Ort, Datum

.....
Firmenname, Adresse, rechtsverbindliche Unterschrift